

# Die Nazis, der Fall Gumbel und die Heidelberger Universität

von Christian Jansen

(Vortrag am 8. Mai 2001 im Dokumentations- und Kulturzentrum  
Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg)

Studierende waren immer wieder die Vorreiter politischer Bewegungen und haben jeweils den Zeitgeist in besonderer Radikalität vertreten. Die Ursachen hierfür sind in ihrem hohen Bildungsgrad, in ihrer Berührung mit aktuellen intellektuellen Strömungen und in ihrer relativen Freiheit von den Zwängen des Arbeitslebens und von den Zwängen eines bürgerlichen Status zu suchen. Dieser allgemeine Befund gilt auch für die Weimarer Republik und insbesondere die Zeit der nationalsozialistischen Machtübernahme, mit der ich mich heute beschäftigen möchte.

Ich möchte am Beispiel der Universität Heidelberg zeigen, wie die nationalistische und antisemitische Studentenbewegung an der wohl politisch liberalsten deutschen Universität der Weimarer Republik innerhalb kurzer Zeit großen Einfluss erringen konnte, welcher Mittel sich die damaligen Studentenführer bedienten und auch analysieren, warum sich gegen diese Studentenbewegung so wenig Widerstand insbesondere seitens der Professoren geregt hat, so dass man von einer Selbstgleichschaltung der Universität sprechen kann. Dabei lassen sich die Vorgänge an der Heidelberger Universität in den Jahren 1930 bis 1933 durchaus verallgemeinern. Ähnliche Kampagnen, wie ich sie im Folgenden schildern werde, fanden in dieser Zeit an allen deutschen Universitäten statt.

Heidelberg galt, wie bereits angedeutet, vor 1933 als die "fortschrittlichste" Universität in Deutschland. Die Medien nannten sie eine "staatsbejahende Musteruniversität" und "akademische Hochburg des neuen Deutschland".<sup>1</sup> Das lag zunächst einmal daran, dass die meisten damaligen Universitäten Hochburgen der verfassungsfeindlichen, extrem nationalistischen und zumeist monarchistischen Reaktion waren. Auch in Heidelberg herrschte ein liberaler Geist vornehmlich an der juristischen Fakultät und an dem von Alfred Weber und Emil Lederer geprägten Institut für Sozial- und Staatswissenschaften. Die relative Liberalität der Universität Heidelberg war gepaart mit einem bürgerlich-elitären Habitus.

Man sprach in den Zwanzigerjahren, und viele Leute sprechen bis heute, von einem spezifischen "Heidelberger Geist". Dieser "Heidelberger Geist" stand für wissenschaftliche Modernität und Austausch zwischen den Disziplinen, für eine außergewöhnliche Offenheit dem Ausland sowie außeruniversitären Eliten wie Industriellen, Politikern oder Künstlern und deren Fragestellungen gegenüber. Der sog. Heidelberger Geist bildete darin einen scharfen Kontrast zur Traditionalität und nationalistischen Borniertheit der meisten deutschen Universitäten nach dem verlorenen Weltkrieg. Ihr spezifischer Genius Loci machte die Ruperto Carola attraktiv für die intellektuelle Elite, die Unruhigen und die Wachen unter den Studierenden und führte zu einer ungewöhnlichen Vielfalt und Internationalität der Studentenschaft.

Dennoch gab es auch in Heidelberg eine massive und politisch erfolgreiche nationalistische und antisemitische Studentenbewegung. Teilweise ist ihre Stärke damit zu erklären, dass die Eroberung des sog. roten Heidelberg für die Strategen der Rechten, also seit den späten 20er-Jahren vor allem für die Führer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, höchste Priorität hatte. Der NS-Studentenbund sandte deshalb gezielt Kader nach Heidelberg. Vor allem aber muss man sehen, dass in den 20er- und 30er-Jahren innovative Fragestellungen und wissenschaftliche Spitzenleistungen häufig mit extremem Nationalismus und Antisemitismus einhergingen. Schließlich war auch der Liberalismus während der Weimarer Republik keineswegs universalistisch oder europäisch orientiert, sondern von starken antiwestlichen, nationalistischen und fremdenfeindlichen Ressentiments geprägt.

---

1 Zuckmayer, S. 286; die pazifistischen Blätter "Menschheit" (15.8.24, S. 163) und "Welt am Montag" (29.11.26). Hellpach (Prägung, S. 241) nannte "das Leitmotiv" für Heidelberg "nicht 'Linkseinstellung', sondern Objektivität und Toleranz". Hier herrsche "freieste Meinungsververtretung" und Offenheit: "Der Deutschnationale Ludwig Curtius und der Sozialdemokrat Radbruch disputieren hier an der Tafel über den Stand einer Regierungskrise im Reich so sachlich, dass alles mit Genuss – und Nutzen sie hört." Die Robert E. Schmidt-Stiftung begünstigte die Universität Heidelberg ausdrücklich wegen deren "Liberalität und Fortschrittlichkeit" (Berschin, S. 80). Ähnl. Hellpach, NZZ 11.8.29; L. Curtius, Welt, S. 372; Mannheim, Briefe, S. 73f.; Deutsch-Österreichische Tageszeitung, 20.7.26; Schwan, S. 289; Wagner-Jauregg, S. 46; Salin, George, S. 137f.

Die Rolle der nationalistischen und antisemitischen Studentenbewegung als Wegbereiterin des “Dritten Reichs” lässt sich an der Universität Heidelberg am besten an den Auseinandersetzungen um den pazifistischen und sozialistischen Dozenten Emil Julius Gumbel veranschaulichen. In diesem Konflikt der Jahre 1930-32, der eine Vorgeschichte bereits in den Zwanziger Jahren hat, zeigen sich exemplarisch die Argumente und Ressentiments wie auch die Gewaltbereitschaft der rechtsextremen Studentenbewegung in der Weimarer Republik. Es wird aber an den Konflikten um den politischen Außenseiter, der noch dazu aus einem jüdischen Elternhaus stammte, auch die aus kaum verhohlener Sympathie resultierende Unentschlossenheit des Lehrkörpers deutlich, gegen die Hetzkampagnen der Studentenbewegung vorzugehen.

Der 1890 geborene Emil Julius Gumbel stammte aus einer jüdischen Münchener Bankiersfamilie. Im Weltkrieg war er zum Pazifisten geworden und hatte sich in der Novemberrevolution innerhalb der USPD engagiert. Er war u.a. Lehrer an einer Betriebsräteschule gewesen. Berühmt wurde er als Historiker und Statistiker der politischen Morde in den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen der frühen Weimarer Republik. Gumbel war im nationalistisch-verfassungsfeindlichen Lager verhasst wegen seiner akribischen Recherchen über die Schuldingen an den zahlreichen Attentaten und politisch motivierten Ausschreitungen der Revolutionszeit, und weil er den skandalös nachsichtigen Umgang der Justiz mit allen Tätern, die der politischen Rechten angehörten, anprangerte und ihn der harten Bestrafung aller Täter aus dem linksextremen Spektrum gegenüberstellte. Seine Tabelle, in der die Bestrafung der Protagonisten der Münchener Räterepublik zu Höchststrafen mit dem milden Umgang mit den Führern des Kapp-Putsches von 1920 verglichen wird, findet sich bis heute in Schulbüchern.

1923 hatten die linksliberalen Sozialwissenschaftler Emil Lederer und Alfred Weber Gumbel, den sie von ihren eigenen Aktivitäten in Berlin während der Novemberrevolution her kannten, nach Heidelberg ans Institut für Sozial- und Staatswissenschaften geholt. Dort konnte er sich im Fach Statistik habilitieren und erhielt einen bezahlten Lehrauftrag. Kaum hatte Gumbel seine Lehrtätigkeit an der Ruperto Carola begonnen, wurde er zur Zielscheibe der organisierten rechtsextremen Studenten. Sie erregten sich, dass an ihrer Universität ein antimilitaristischer und für die Aussöhnung mit Frankreich und Polen engagierter Dozent lehrte, der sein politisches Engagement auch nach der Habilitation keineswegs aufgab. Im Sommer 1924 leitete die Universitätsspitze wegen eines pazifistischen Appells ein Disziplinarverfahren gegen Gumbel ein, das jedoch wegen der Rückendeckung, die Gumbel aus dem badischen Kultusministerium erhielt, bald eingestellt wurde. Da die späteren Angriffe der nationalistischen Studentenbewegung sich immer wieder auf diesen ersten Konflikt bezogen, soll hier auch erwähnt werden, welche heute harmlos erscheinende Bemerkung den Anlass für alle die Empörung und das erste Disziplinarverfahren geliefert hatte. Gumbel hatte im August 1924 seine Rede bei einer Veranstaltung der Deutschen Friedensgesellschaft zum zehnten Jahrestag des Kriegsbeginns mit der Aufforderung beendet: “So bitte ich die Anwesenden, zu Ehren all derer, die – ich will nicht sagen – auf dem Felde der Unehre gefallen sind, sich zu erheben und zwei Minuten Stillschweigen zu bewahren.” Die Floskel vom “Feld der Unehre”, gegen die kein Teilnehmer der Kundgebung, auf der sie gefallen war, protestiert hatte, stieß nicht nur im ganzen Reich auf Empörung, sondern der Verweis auf sie wurde zum festen Bestandteil der nationalistischen Hetze gegen den “vaterlandslosen” Pazifismus.

Seit dieser Erfahrung mit dem extremen Nationalismus der Studentenschaft und der mangelnden Solidarität des Lehrkörpers in den Jahren 1924/25 führte Gumbel ein Doppelleben: In Berlin, wo er eine zweite Wohnung hatte, verbrachte er die Semesterferien und auch während des Semesters immer wieder verlängerte Wochenenden. Dort war er ein einflussreiches Mitglied der pazifistisch-sozialistischen Intellektuellenszene. U.a. saß er im Vorstand der Deutschen Liga für Menschenrechte. In Heidelberg hielt er seine Lehrveranstaltungen und lebte zurückgezogen.

Im August 1930 verlieh das badische Kultusministerium dem umstrittenen Dozenten den Titel “außerordentlicher Professor”. Diese Ernennung, die nicht mit einer festen Anstellung verbunden war, erfolgte bei Privatdozenten üblicherweise nach 3-4 Jahren auf Antrag ihrer Fakultät. Im Falle Gumbels kam es dazu erst fast 8 Jahre nach seiner Habilitation, und ohne dass die Fakultät es vorgeschlagen hatte. Gumbel verdankte seine Ernennung zum außerordentlichen Professor maßgeblich der an politischen Empfindlichkeiten uninteressierten Haltung des Dekans, des Germanisten Friedrich Gundolf.<sup>2</sup> Das Ministerium hatte nämlich, Proteste befürchtend, den Dekan

---

2 Zur Kritik an Gundolf vgl. Titel Nr. [273] und [276] in der Literaturliste bei Jansen (Hg.), Porträt eines Zivilisten; Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 69 N Andreas Nr. 753: Memorandum des Historikers für die Fakultätssitzung vom 15.11.30; Jansen, Professoren, Abschn. VIII.1. Gundolf ironisierte die Verbindung zwischen sich und Gumbel, die für die “nationale Opposition” nicht zuletzt darin bestand, dass beide jüdischer Herkunft waren: “Ich weiß wohl, was in 100.000 Jahren geschieht. Da wird wieder ein homo Heidelbergensis ausgegraben und ein Buch mit Blutflecken [gemeint ist “Verschwörer”] [...] in einer Sprache, die kein Mensch mehr versteht. Dann wird aber ein Professor kommen [...] und alles restlos aufklären. Man wird dann wissen, dass vor 100.000 Jahren ein Untier in Heidelberg lebte, das Menschen fraß – und Gumbolf hieß” (H. Glockner: “Heidelberger Bilderbuch”. Bonn 1969, S. 30).

gefragt, ob die Fakultät, wenn sie Gumbels Ernennung schon nicht vorschläge,<sup>3</sup> diese wenigstens hinnehmen werde, wenn das Ministerium sie ausspreche. Gundolf glaubte, dies ohne Rücksprache in der Fakultät zusagen zu können.

Beflügelt durch den sensationellen Erfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl im September 1930 protestierten nationalsozialistische, deutschnationale und korporierte Studentenverbände gegen die Ernennung des verhassten Pazifisten zum Professor. Im Wintersemester 1930/31 inszenierte die seit den späten Zwanziger Jahren mächtig erstarkte nationalsozialistische Studentenbewegung, wie immer im Verein mit den Korporationen, den nächsten und spektakulärsten "Fall Gumbel".

Hierfür war der sog. nationalen Opposition die Ernennung des verhassten Dozenten zum Professor ein willkommenes Anlass, zumal die Fakultät ihrem Dekan und dem Minister in den Rücken fiel und erklärte, sie sei mit der Ernennung nicht einverstanden.<sup>4</sup> Eine Großveranstaltung in der Heidelberger Stadthalle am 7. November 1930 war der erste Höhepunkt der nun folgenden Kampagne. Drahtzieher dieser hervorragenden Inszenierung war der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB), für den die "Eroberung" der "roten" Universität Heidelberg höchste Priorität hatte und der dafür Kader aus anderen Universitäten "abkommandierte". Die Großveranstaltung am 7. November 1930 fand außerhalb der Universität, in der Stadthalle statt, einerseits weil für eine solche politische Kundgebung innerhalb der Universität keine Räume zu bekommen waren. Andererseits bedeutete es einen folgenreichen und gezielten Bruch mit der akademischen Tradition, wenn die Vereinigung Heidelberger Verbindungen, der so gut wie alle Korporationen außer den jüdischen angehörten, zusammen mit NSDAP, DNVP und Stahlhelm zu der Kundgebung aufrief und wenn sie sich an "die nationale Bevölkerung Heidelbergs" wandte. Die Zusammenarbeit der Korporationen mit politischen Parteien und die Mobilisierung der nichtakademischen Bevölkerung zum "gemeinsamen Kampf um die Säuberung der Hochschulen" bedeutete eine Politisierung universitärer Konflikte, die vor 1918 undenkbar war.

Wie verbreitet im Lehrkörper die Antipathien gegen Gumbel waren und wie wenig Gespür es dort für die wahren Ziele der "nationalen Opposition" gab, zeigte sich darin, dass nur drei Professoren den in dem Aufruf der Korporationen und rechtsextremen Studentenorganisationen enthaltenen Angriff auf Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit erkannten und den Senat aufforderten, ihn zurückzuweisen. Die Reaktion des Senats auf diesen Appell zur Selbstbehauptung der Universität und der Wissenschaftsfreiheit verdeutlicht, dass die deutschen Universitäten als Institutionen und die allermeisten Professoren nicht bereit waren, sich gegen politische Zumutungen zu wehren, sobald sie im Gewande des nationalistischen common sense daherkamen und sich gegen politische Außenseiter richteten: "Angriffe gegen Dozenten [...] wegen ihrer politischen Gesinnung dürfen nicht geduldet werden," schrieb der Senat an die drei Professoren, die gefordert hatten, Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit zu verteidigen. "Aber der Fall Gumbel [bietet] bei seiner eigenartigen Lagerung keinen Anlass, mit einer Gegenerklärung in die Öffentlichkeit zu treten."<sup>5</sup>

Gleich zu Beginn der von fast 2.000 Bürgerinnen und Bürgern, Studentinnen und Studenten besuchten Protestversammlung erklärte der Korporationsstudent Bernhard Seeger-Kelbe, der zu diesem Zeitpunkt noch DNVP-Mitglied war, bald jedoch zur NSDAP übertrat, in aller Klarheit: "Der Protest [gilt] nicht so sehr der Person, denn diese ist für uns nichtig, sondern dem System." Der Name Gumbel stehe für "Handlungen [...], die von einem großen Teil des deutschen Volkes als Landesverrat empfunden werden," sowie für eine "seelische Verseuchung" des Volkes. Der nächste Redner, ein aus Berlin nach Heidelberg kommandierter NSDStB-Kader namens Armin Bledow, meinte: "Es wirft ein eigenartiges Licht auf ein [...] Staatssystem, wenn es die junge Generation systematisch einem nationalen Widerstandsgedanken entfremdet. [...] Noch beschämender aber ist es, dass ein Lehrer der deutschen Hochschule Kriegsdienstverweigerer ist. [...] Jedes Lebewesen in der Natur, jeder Mensch im einzelnen und genauso jedes Volk auf der Erde muss sich seine Existenz erkämpfen. [...] Garantie für Lebensraum und Arbeit unserer Volksgenossen kann nur die Wehrmacht sein." Gehörten solche nationaldarwinistischen Ausführungen zum gemeinsamen Gedankengut von Konservativen und Nationalsozialisten, so begab sich Bledow im folgenden in offenen Widerspruch zum überparteilichen Anspruch damaliger Studentenpolitik, indem er das NSDAP-Wahlprogramm zitierte: "Die allgemeine Wehrpflicht ist nicht imperialistisch oder militärisch, sondern [...] der höchste Ausdruck des Sozialismus."<sup>6</sup> Schließlich entlarvte sich die Kundgebung der "nationalen Studentenschaft" endgültig als NSDAP-Wahlkampfveranstaltung für die noch im selben Monat stattfindenden Kommunalwahlen. Denn ein Stadtrat der Nationalsozialisten war der dritte Hauptredner. Er bediente sich

---

3 Bereits 1929 hatte das Ministerium eine entsprechende Anfrage an die Fakultät gestellt, aber nur Jaspers und der Linksaußen unter den Ordinarien, der Nationalökonom E. Lederer, hatten für eine Ernennung Gumbels zum Professor plädiert (Jansen, Fall, S. 31; Benz, S. 182f).

4 Universitätsarchiv Heidelberg (UAH) III 5b 332, Bl. 6ff; Badischer Landtag, 19.12.30, Sp. 383; Jansen, Fall, S. 47.

5 Heidelberger Tageblatt (HT) 7.11.30; UAH III 5b 332, Bl. 11ff. "Abkommandiert": VZ 26.1.31.

6 Der Heidelberger Student (HSt) WS 1930/31, Nr. 1, S. 1.

einer für das Werben der NSDAP um akademisch-konservative Wähler typischen, „unpolitischen“ Argumentation: „Unser Protest kennt keinen politischen Charakter und richtet sich auch nicht gegen die wissenschaftliche Qualifikation Gumbels. Die überlasse man ruhig der Beurteilung des Kultusministers Remmele, der in seiner, gewiss ehrenwerten Tätigkeit als Sackträger [...] die Qualifikation hierzu besitzt.“ Um diese Anspielung zu verstehen, muss man wissen, dass der sozialdemokratische Kultusminister Adam Remmele, der Gumbel zum außerordentlichen Professor ernannt hatte, gelernter Müller war.

Der NSDAP-Stadtrat skizzierte anschließend, wie eine künftige NS-Regierung gegen missliebige und insbesondere jüdische Staatsbürger vorgehen werde, und lieferte damit einen Vorgeschmack auf die künftige Missachtung der von der Reichsverfassung garantierten Grundrechte: „Der Tag wird kommen, wo einmal ein Gesetz zum Schutz der deutschen Nation geschaffen wird. Dann werden wir gegen Herrn Gumbel Anklage erheben, 1. wegen Verletzung von Sitte und Anstand, 2. wegen Missbrauch des Gastrechts, 3. wegen Verletzung der Ehre der deutschen Nation, 4. wegen Totenschändung.“<sup>7</sup> Nach Absingen des Deutschlandliedes und der Korporiertenhymne „Burschen heraus!“ wurde die Veranstaltung mit der Verabschiedung einer Protestresolution beendet. Zwei sozialistischen Studenten, die Gumbel verteidigen wollten, mussten unter Drohungen den Saal verlassen.<sup>8</sup>

Nach diesem Mobilisierungserfolg der nationalsozialistischen Studentenbewegung qualte den konservativen und zutiefst harmonistischen<sup>9</sup> Rektor Karl Meister die Befürchtung, die bevorstehende Feier seiner Amtsübernahme könne ohne den üblichen akademisch-feierlichen Rahmen stattfinden. Die Korporationen hatten nämlich angekündigt, nicht in Wachs und mit ihren bunten Fahnen zu „chargieren“, falls Gumbel bei dem Festakt erscheinen werde. Um dies abzuwenden, kam Meister einerseits den Studenten entgegen, indem er öffentlich Verständnis für die Proteste äußerte. Andererseits traf er sich insgeheim mit dem Verfemten und schloss einen Handel ab. Meister verpflichtete sich darin, ebenfalls öffentlich zu erklären, dass erstens „Gumbel als Statistiker von Autoritäten geschätzt wird“, zweitens gegen seine Lehre nie Klagen laut wurden, drittens das von der Studentenbewegung immer wieder angeführte Disziplinarverfahren von 1924/25 eingestellt worden sei und er also die vollen Rechte eines Dozenten genieße. Gumbel nahm im Gegenzug wie in den vergangenen sechs Jahren „im Interesse des Friedens“ und aufgrund der persönlichen Bitte des Rektors nicht an der Rektoratsübergabe teil. Der Rektor hatte die Rechnung jedoch ohne die radikalisierten Studenten gemacht. Ihnen ging schon seine formale Ehrenerklärung zu weit, weshalb sie die erwünschte bunte Fassade für die Rektoratsübergabe verweigerten. Da auch der Kultusminister sein Erscheinen absagte, fiel die Universitätsfeier 1930 besonders schlicht aus.<sup>10</sup>

Die fehlende Solidarität von philosophischer Fakultät und Senat mit dem angegriffenen Kollegen,<sup>11</sup> die Sympathie mehrerer namhafter Ordinarien für die studentischen Proteste sowie der triumphale Sieg der NSDAP bei den Kommunalwahlen gaben der Studentenbewegung weiteren Auftrieb: Am 25.11.1930 fand ihre nächste Protestkundgebung statt. Auch ohne Wahlkampf kamen wiederum fast 2.000 Menschen. Hauptredner war der deutschnationale Reichstagsabgeordnete und Universitätsprofessor von Freytagh-Loringhoven, der sich jedoch in Sachen Gumbel zurückhielt. Von den studentischen Rednern kamen einmal mehr die bereits hinreichend zitierten Tiraden.<sup>12</sup>

Sehr geschickt taktierte die Führung der Heidelberger Studentenbewegung, indem sie ihren bisherigen Konfrontationskurs der Mobilisierung der Stadtbevölkerung gegen die Universität, der Politisierung eines universitätsinternen Konflikts und des Boykotts der feierlichen Rektoratsübergabe abfederte mit einer Kundgebung ganz

---

7 UAH III 5b 332, S. 19ff (Polizeibericht); VZ 8.11.30.

8 HT 8.11.30.

9 Seine auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen geborene Tochter nannte er Irene (grch. Frieden)! Die Universität war für ihn eine „große geistige Familie“ (HT 22.1.31). Vgl. insb. seine Reaktion auf die ihm von den Studenten taktisch sehr geschickt dargebrachte Huldigung (UAH B-1266/2, Senatssitzung vom 6.12.30; Heidelberger Zeitungen vom 8.12.30).

10 VZ und HT 24.11.30.

11 Als einziger Heidelberger Hochschullehrer solidarisierte sich der Jurist und ehemalige Reichsjustizminister Radbruch öffentlich mit Gumbel („Protest gegen einen Protest, in: VZ 13.11.30; abgedruckt in: Peters/Weckbecker, S. 147ff, und in: Jansen, Fall, S. 43ff). Dieser ursprünglich für das Organ des AStA geschriebene Artikel war von der Schriftleitung abgelehnt worden – ein Novum im sonst respektvollen Verhältnis der Heidelberger Studenten zu ihren Professoren. In der nächsten Ausgabe machte sie einen Rückzieher und druckte den Artikel, versehen mit einer Gegenkritik. Auch die Heidelberger SPD und die Sozialistische Studentenschaft bekannten sich zu Gumbel, wenn auch in einer ihrer bedrängten Lage und unzureichenden Situationsanalyse entsprechenden hilflosen Weise. Vgl. VZ 8., 13. und 14.11.30, 22. und 27.1.31; Der Sozialistische Student. Heidelberg, Dezember 1930. Dort wird Gumbel zugleich von einem überradikalen Mitglied als „Faschist“ qualifiziert, da er in italienischen und französischen „faschistischen wissenschaftlichen Zeitungen“ veröffentlichte. Vgl. Jansen, Fall, S. 42, 45f und 62.

12 HT 26.11.30; zu den genauen Umständen: Jansen, Fall, S. 53f; UAH III 5b 332, S. 83.

im Stile alter Burschenherrlichkeit und der paternalistisch-harmonischen Ordinarienuniversität. Am 6. Dezember, dem Nikolaustag, veranstaltete die Studentenschaft eine vorweihnachtliche Vertrauenskundgebung für Rektor Meister. Diese ausdrücklich als Ausgleich für das entgangene festliche Gepränge bei seiner Amtsübergabe deklarierte Demonstration sollte das Bild einer intakten, nach traditionellen Regeln funktionierenden akademischen Gemeinschaft illuminieren. Die Studenten warben mit dieser Aktion um Sympathien bei Rektor und Professoren und verfehlten die erstrebte Wirkung nicht. Die im Vollwuchs um den Brunnen vor der Alten Universität gruppierten, fackeltragenden Studenten knüpften an eine ältere Tradition studentischer Fackelzüge für scheidende Rektoren an. Der AStA-Vorsitzende Kleen, ein Nationalsozialist, richtete seine Rede ehrerbietig hoch zum Rektoratsfenster, an dem Meister wie ein Souverän erschien und *seinen* Studenten dankte. Mit Burschenschaftsliedern wurde die Veranstaltung beendet.

Es war ein folgenreicher Zufall, dass 1930 ausgerechnet der konservative Altphilologe Meister zum Rektor gewählt worden war. Keine der prominenten liberalen Professoren hätte sich mit derart naiver Unbefangenheit von dieser durchsichtigen Inszenierung beeindrucken lassen. Meister hingegen war der Prototyp des unpolitischen deutschen Professors. Während der ganzen Konflikte im Wintersemester 1930/31 schwankte er zwischen persönlicher Verärgerung und Harmoniebedürfnis.

Um die weitere Eskalation des Konflikts zwischen der Studentenschaft und dem liberalen politischen System zu verstehen, muss man wissen, dass der AStA in der Weimarer Republik – ähnlich wie heute in Baden-Württemberg – weder ein politisches Mandat hatte noch die politische Exekutive des Studentenparlaments war, sondern ein für soziale Belange der Studierenden zuständiger Ausschuss, in dem Vertreter sämtlicher politischen Strömungen kollegial zusammenarbeiten sollten. Die Ämter in der studentischen Selbstverwaltung wurden deshalb immer proportional unter den im AStA vertretenen Gruppen verteilt. Im Zuge ihres Kampfes um die Eroberung der Hochschulen hielten sich die Nationalsozialisten und ihre Verbündeten jedoch nicht länger an diese gesetzliche Vorgabe. Den ganzen Herbst 1930 über verstieß die AStA-Mehrheit aus NSDAP und Korporierten solange gegen die Satzung der Studentenschaft, indem sie ein politisches Mandat wahrnahm, die Rechte der Minderheit missachtete und die Zwangsbeiträge der Studierenden für parteipolitische Zwecke verwandte.

Auch die Konfrontation zwischen Studentenschaft und Lehrkörper fand einen neuen, symbolischen Höhepunkt, als der AStA die universitäre Reichsgründungsfeier und im Gegenzug fast der ganze Lehrkörper den Reichsgründungskommers der Korporationen boykottierte.<sup>13</sup> Reichsgründungsfeiern waren an den Universitäten der Weimarer Republik der alljährliche Höhepunkt verfassungsfeindlicher Kundgebungen, in denen der Mythos des Bismarckschen Reichs beschworen und der vermeintlich kläglichem Gegenwart der Republik gegenübergestellt wurde.

Einen Tag nach den Reichsgründungsfeier, am 19. Januar 1931, reagierte der Minister auf die andauernden Rechtsverstöße der nationalsozialistischen AStA-Mehrheit und löste die Verfasste Studentenschaft in Heidelberg auf. Der „Aktionsausschuss der nationalen Studentenschaft“, der schon die Proteste gegen Gumbel organisiert hatte, rief umgehend zu einer Kundgebung auf. 600-800 der insgesamt rund 4.000 Heidelberger Studenten, also immerhin ein Fünftel oder Sechstel der Gesamtzahl, sowie ein Trupp mit Hakenkreuzbinde gekennzeichnete Nationalsozialisten versammelten sich am 21. Januar 1931 auf dem Universitätsplatz.

Nach der Kundgebung kam es zu bis dahin unbekanntem Ausschreitungen, die in der Besetzung und polizeilichen Räumung der Universität gipfelten und die als „Gumbelkrawalle“<sup>14</sup> in die Universitätsgeschichte eingingen. Nach dieser Eskalation schloss Rektor Meister am 25. Januar 1931 die Universität und rief zu einer Vollversammlung in die Stadthalle. Dort mahnte er väterlich zum Frieden und versuchte, die Studenten durch großzügige Regelungen für eine Selbstverwaltung ohne staatliche Anerkennung zu besänftigen. Die nationalsozialistischen Anführer erklärten diese Vorschläge für überflüssig, sprachen dem Rektor ihr Misstrauen aus und forderten erneut die Entlassung Gumbels. Sie wollten damit einen offenen Bruch provozieren. Parallel zu der Vollversammlung des Rektors hatten die nationalsozialistischen Studentenfürher nämlich in einem Kino eine eigene Kundgebung vorbereitet. Als der Rektor einen der Nazis wegen vielfacher Überschreitung seiner Redezeit unterbrach, rief dieser seine Kommilitonen zum Auszug auf. Die meisten Studierenden folgten in einem Demonstrati-

---

13 HT 17.1.31; VZ 19.1.31. Gleichwohl sprach der emeritierte Jurist und ehemalige Rektor Endemann auf dem studentischen Kommers.

14 Jansen, Fall, S. 56-64 und ders., Professoren, Abschn. VIII.1. Gute zeitgenössische Analysen: W. Hellpach: „Scherben, Fehler, Lehren“ (HT 26.1.31); D. Sternberger: „Heidelberg ruht aus, in: Deutsche Republik“. Berlin, 13.6.31.

onszug durch die Stadt in das mit Hakenkreuz-, Korporations- und den schwarz-weiß-roten Fahnen des Kaiserreichs geschmückte Kino. Dort wurde die von den Nationalsozialisten gut vorbereitete Gründung einer autonomen "Deutschen Studentenschaft Heidelberg" vollzogen.<sup>15</sup>

Als die Deutsche Studentenschaft Heidelberg ihrer Forderung nach Entlassung Gumbels durch eine Unterschriftensammlung Nachdruck verliehen, zeigte sich einmal mehr, dass sie im Lehrkörper und bis in den Universitätssenat hinein auf Sympathien stieß. Verschiedene Hochschullehrer riefen im Namen nationalliberale, konservativer und militaristischer Organisationen, die in der Hochschullehrerschaft großen Rückhalt hatten, wie etwa die Deutsche Volkspartei, die Konservative Volkspartei, die DNVP und der Stahlhelm zu diesem, mit der Hochschulautonomie unvereinbaren Plebiszit auf.

Im Senat musste ausdrücklich beschlossen werden, dass dessen Mitglieder nicht unterschreiben sollten – und zwar nicht etwa um der Wissenschaftsfreiheit willen, sondern um bei künftigen Disziplinarverfahren gegen Gumbel nicht als befangen zu gelten. Die ungleich wichtigere Frage, wohin es führte, wenn sich eine Universität durch Volksabstimmungen in Personalfragen hineinreden ließ, spielte in der internen Diskussion nur eine untergeordnete Rolle. Zwar distanzierte der Senat sich öffentlich von dem erneuten, plebiszitären Angriff auf die Hochschulautonomie, aber nicht ohne zu unterstreichen, "dass er die Verleihung der Amtsbezeichnung a.o. Professor an den Privatdozenten Dr. Gumbel missbilligt."<sup>16</sup>

Am 27. Januar kam es wiederum zu Krawallen, als die Polizei das Verbot einer Veranstaltung des NSDStB und der NSDAP durchsetzte. Am 1. Februar führten dieselben NS-Organisationen eine genehmigte Massenversammlung gegen Gumbel durch. 3.300 Bürger erschienen. Hauptredner war der bereits für den 27. Januar vorgesehene NSDAP-Reichstagsabgeordnete und spätere NS-Generalgouverneur in Polen, Hans Frank, der sich zu Gumbel nur sehr allgemein äußerte. Vor und nach ihm hetzten wiederum die NSDStB-Führer. Einer von ihnen gab an, die Unterschriftensammlung habe bereits 15.000 Zustimmungen erbracht. Ob dieses, bei gut 3.000 Studenten und 83.000 Einwohnern nach wenigen Tagen erstaunliche Ergebnis tatsächlich schon erzielt worden war, lässt sich nicht überprüfen.<sup>17</sup>

Nachdem sich wegen der Semesterferien die Situation seit Mitte Februar 1931 beruhigt hatte, normalisierte sich im Verlaufe der Jahre 1931 und 1932 auch das Verhältnis zwischen Universitätsleitung und Deutscher Studentenschaft Heidelberg. Obwohl sie keine staatliche Anerkennung und demokratische Legitimation besaß, stand ihr die Universität fast dieselben Mitwirkungsrechte zu wie früher dem AStA. Ende 1932 sprach der Rektor, inzwischen der nationalkonservative Historiker Willy Andreas, sogar bei der "Langemarck-Feier" der nationalistischen Studentenbewegung, die den Mythos vom Opfermut studentischer Regimenter im Ersten Weltkrieg pflegte.<sup>18</sup>

Bei einer Immatrikulationsfeier erklärte Rektor Andreas, die "Zerrissenheit", die "zum Himmel schreit" und die "traurige Verwilderung des öffentlichen Lebens" seien "Krisenerscheinungen einer ungeheuren Zeitenwende", "Krämpfe eines neuen Werdens, das seinen Inhalt und seine Form erst finden will". Das war zwar kein offenes Plädoyer für den Nationalsozialismus, aber eine offene Absage an das bisherige, parlamentarisch-demokratische System. Andreas freute sich außerdem darüber, dass "dem heranwachsenden Geschlecht die Befreiung Deutschlands als vornehmstes Ziel vorschwebt," und forderte vom deutschen Volk, "das trotz furchtbarer Existenzbedrohung im Parteihader sich erschöpft", mehr Konsequenz, um "das Reich erstehen zu lassen, dessen wir bedürfen, ein Reich des Geistes, des Rechtes und der Tat."<sup>19</sup>

Dass der Rektor Sympathie für ihren Kampf um die "Befreiung" Deutschlands äußerte, mussten die überwiegend verfassungsfeindlich eingestellten Studenten als Ermunterung von höchster Stelle ansehen. "Befreiung" war ein zentrales Schlagwort der sog. nationalen Opposition. Nicht nur der Kampf gegen Versailles und seine Folgen war für sie wie die konservativen Professoren "Freiheitskampf", sondern ebenfalls der Kampf gegen die Verfassung, die sie als von den Siegern oktroyiert empfanden, oder der Kampf um die "Befreiung" des Staates "von der Übermacht der Wirtschaftsgesellschaft".<sup>20</sup> Wenn Rektor Andreas ein neues "Reich" als Ziel benannte,

---

15 HNN, Volksgemeinschaft. Heidelberger Beobachter (VG), VZ, HT, PB 25./26.1.31; HSt Nr.5/WS 30/1; Jansen, Fall, S. 64-68. An der Gründung nahmen auch vier Sympathisanten aus dem Lehrkörper teil: die Privatdozenten Haag, Himmel und Nieland sowie der Emeritus Endemann.

16 UAH III 5b 332, Bl. 107 und 187; B-1266/3 vom 27., 29. und 31.1.31. In der Sitzung vom 10.2.31 wurde erwogen, wegen des Falles Gumbel die anstehende Neuwahl von Senatoren auszusetzen, wohl um eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse auszuschließen.

17 HT 28.1. und 2.2.31.

18 HT 12.11.32. Hauptredner war der statt Dehn berufene Deutschnationale Hupfeld.

19 Andreas, HSt 16.11.32; Preußen, S. 36. Der Text ist voller Formeln, die sich auf die Gegenwart beziehen lassen.

20 Wendland, Nation, S. 17. Dies sei zugleich ein Kampf um die "Befreiung des Menschen". Das Gesetz gegen den Youngplan, das die 'nationale Opposition' per Volksentscheid durchsetzen wollte, hieß "Freiheitsgesetz".

griff er die Formel der Verfassungsgegner auf, die Republik sei nur ein "Scheinstaat", dem sie das von völkisch-nationalistischen Vordenkern wie Arthur Moeller van den Bruck prophezeite "Dritte Reich" entgegensetzten.

Ebenso mussten es die oppositionellen Studenten als Unterstützung auffassen, wenn der Psychologieprofessor und vormalige linksliberale Minister Willy Hellpach im Heidelberger Tageblatt auf dem Höhepunkt der Gumbelkrawalle schrieb: "Wir bejahen die Unruhe, die uns das dritte Reich verschaffen möchte, in ihrem gesunden Kern als eine erhaltende und wiederaufrichtende Kraft des zweiten Reiches."<sup>21</sup> Schon die Zählung macht klar, dass auch für ehemals liberale Hochschullehrer das parlamentarisch-demokratische Reich von Weimar nicht zählte. "Der Staat, den wir haben, ist nur ein Reststaat, ohne Würde, weil ohne Freiheit und ohne Macht", schrieb der nationalkonservative Theologe Heinz Dietrich Wendland. Nicht die Freiheitsrechte der Bürger standen im Vordergrund des Staatsbegriffes, der sich nicht nur in der Studentenschaft, sondern auch im Lehrkörper immer stärker durchsetzte, sondern die Macht und Handlungsfreiheit des Staates. So schlug der außenpolitische Revisionismus auf die innen- und verfassungspolitische Diskussion durch, und das demokratische Prinzip blieb auf der Strecke: "Die Demokratie hat den Herrschafts- und Obrigkeitscharakter des Staates nicht wahrhaben wollen, sie hat eine Herrschaft aller aufgerichtet, die letztlich den Staat zerstören muss",<sup>22</sup> meinte Wendland.

Nach der äußerlichen Beruhigung der Situation im Frühjahr 1931, die jedoch mit einer weiteren Erosion der liberalen Verfassung und ihrer Legitimation einherging, brachte die nationalistische und antisemitische Studentenbewegung Gumbel im Sommer 1932 endgültig zu Fall. Bei einer nicht öffentlichen Veranstaltung, nämlich der politischen Arbeitsgemeinschaft der Sozialistischen Studentenschaft (hier um die Ecke in der Haspelgasse in der Heidelberger Altstadt), hielt der pazifistische Professor einen Vortrag und sagte darin mit Blick auf die 700.000 Menschen, die allein in Deutschland während des Weltkrieges verhungert waren: Als Denkmal des Krieges eigne sich eine große Kohlrübe – das Hauptnahrungsmittel im "Kohlrübenwinter" von 1917/18 – besser als eine leichtbekleidete Jungfrau mit Siegespalme. Diesen Vergleich hatte Gumbel bereits bei mehreren pazifistischen Kundgebungen gezogen,<sup>23</sup> ohne dass er bisher Proteste ausgelöst hatte. Gumbel tat diese Äußerung auf der sozialistischen Studentenversammlung, obwohl ihn die Veranstalter ausdrücklich auf die Anwesenheit zweier NSDStB-Spitzel hingewiesen hatten.<sup>24</sup> Erneut Empörung, Aufruhr, ein Disziplinarverfahren, Massenversammlungen, Unterschriftenkampagnen, zumal wiederum Reichstagswahlkampf war. Täglich erschienen neue Hetzartikel im Heidelberger NS-Blatt "Volksgemeinschaft". Jede Facette in Gumbels Lebenswandel wurde ausgeleuchtet: Ein Fotograf störte ihn beim Sonnenbaden auf der Neckarwiese. Gumbel in Badehose mit einem schützend vorgehaltenen Handtuch wurde der Leserschaft mit dem antisemitischen Kommentar "Dr. Kohlrübis Emil I. (Isidor?) Gumbel, [...] die lebendige Verkörperung des Pazifismus" präsentiert und von der Deutschen Studentenschaft Heidelberg als Postkarte vertrieben.<sup>25</sup>

In einem Flugblatt der Deutschen Studentenschaft Heidelberg hieß es abschließend: "Das deutsche Volk wird aber bald die Macht in Deutschland übernehmen, und dann wird die 'Deutsche Studentenschaft Heidelberg', so hoffen wir, als Ankläger vor dem Staatsgerichtshof auftreten. Dann möge man den Burschen Gumbel in einem vergitterten Käfig auf dem Bismarckplatz [zentraler Platz in Heidelberg] ausstellen, als 'Denkmal der Schande'. Als Nahrung empfehlen wir Kohlrüben!"<sup>26</sup> Auch der NSDAP-Reichstagsabgeordnete Rupp wurde auf einer Kundgebung der Deutschen Studentenschaft, des NSDStB und der vom Honorarprofessor für römisches Recht Eduard Gruppe geleiteten Stahlhelm-Hochschulgruppe in der einmal mehr vollbesetzten Stadthalle deutlich: "Mit diesen Leuten wie Gumbel werden wir ein für allemal Schluss machen. Sorgen Sie dafür, dass am 31.7. [bei der Reichstagswahl] der Grundstein gelegt wird für den deutschen Staat, in dem Gumbel und Konsorten unmöglich sind. Geschieht das, kann Gumbel am 1. oder 2.8. beerdigt werden. Auf das Grab wird man nicht drei Lilien pflanzen, sondern drei Kohlrüben."<sup>27</sup>

---

Vgl. auch die unter dem Stichwort "Versklavung" in Abschn. IV.3.3 angegebenen Stellen sowie: Salz, Macht, S. 68, und Webers Forderung nach größerer Autonomie des Staates den gesellschaftlichen Interessengruppen (vgl. Abschn. IV.3.5).

21 Hellpach, HT 17.1.31, Sp.3f. Vgl. Sontheimer, S. 192ff. und 222ff.; Stern.

22 Wendland, Nationalismus, S. 209; Staatsanschauung, S. 9.

23 Vgl. [215], S. 1 BZW, und Jung, S. 255, mit einem Beleg, dass Gumbel diese Formel bereits in Braunschweig auf einer Kundgebung mit dem 83-jährigen "Nestor des französischen Pazifismus", Ferdinand Buisson, am 11.10.24 verwendete.

24 Gespräch mit dem damaligen Versammlungsleiter Alfred Moos, Ulm, am 18.1.83 und dessen Leserbrief in der Frankfurter Rundschau, 7.8.81.

25 VG, 23., 25. und 28.6.32.

26 GLA 235/1895, o.S.; Peters/Weckbecker, S. 154; vgl. S. 151-156. Wörtlich derselbe Text in: VG, 18.6.32.

Ähnliche Drohungen: VG, 1.6.32.

27 HT und VG, 25.6.32. Zum insgesamt wesentlich geschickteren Vorgehen der NS-Studenten vgl. Doerr, 10. Fortsetzung (Nr. 14); Jansen, Fall, S. 86.

Der inzwischen amtierende Kultusminister Eugen Baumgartner von der Zentrumsparlei, die 1932 auf Koalitionen mit den Nationalsozialisten schielte, wollte den Anlass nutzen, den leidigen Streit um Gumbel zu beenden. Und auch dieser selbst verhielt sich in der zugespitzten Situation des Jahres 1932 nicht mehr so geschickt wie in seinen früheren Disziplinarverfahren. Entweder war er den Dauerkonflikt leid und gab auf, oder er hielt im Hinblick auf die sich anbahnende nationalsozialistische Machtübernahme politische Zurückhaltung nicht länger für legitim, nur um die eigene Stellung zu behalten. Jedenfalls unterzeichnete er, während das neue Verfahren lief, zusammen mit anderen Intellektuellen aus dem Umfeld der Liga für Menschenrechte wie Albert Einstein, Kurt Großmann, Erich Kästner, Käthe Kollwitz, Heinrich Mann, Helene Stöcker, Ernst Toller einen Aufruf für das Zusammengehen der Arbeiterparteien SPD, KPD und SAP in einer antifaschistischen Einheitsliste zur Reichstagswahl.<sup>28</sup>

Innerhalb des Heidelberger Lehrkörpers verlief 1932 die Trennungslinie in der Beurteilung des Falles Gumbel nicht so sehr zwischen Verfassungsgegnern und Verfassungsverteidigern, sondern vielmehr zwischen den politisch engagierten Professoren und ihren apolitischen Kollegen. Diese plädierten eher für Milde und Zurückhaltung Gumbel gegenüber, während die politisch Engagierten, unabhängig von ihren sonstigen Überzeugungen, Gumbel aus taktischen Gründen opfern zu müssen meinten. Dahinter stand ihre realistischere Einschätzung der ersten politischen Gesamtlage. Sie verkannten jedoch die fatalen Konsequenzen, die ein Präzedenzfall des Nachgebens der nationalsozialistischen Studentenbewegung gegenüber haben musste.<sup>29</sup>

Die Fakultät verband mit knapper Mehrheit ihre Forderung nach der Entlassung Gumbels immerhin mit der Forderung nach Disziplinarverfahren gegen die NS-Studenten, "die dies 'Spitzeltum' getrieben" hätten. Einstimmig beschlossen schließlich Fakultät und Senat: "Professor Gumbel hat sich des Vertrauens als akademischer Lehrer nicht würdig gezeigt." Ihr Hauptargument war Gumbels schlechtes Gedächtnis: "dass er bei jeder Gelegenheit sagt, er wisse es nicht mehr. [...] Er nimmt sich das Recht freier und verletzender Formulierungen und steht nicht dazu." Mit Beschluss vom 5. August 1932 entzog daraufhin der badische Kultusminister Gumbel die Lehrberechtigung.<sup>30</sup> Damit begann eine lange Reihe politisch und rassistisch motivierter Entlassungen an der Universität Heidelberg, denen sogar einige Protagonisten im Kampf gegen Gumbel, etwa der Politologe Arnold Bergtraesser, zum Opfer fielen.

Zu Recht konstatierte Dolf Sternberger, damals noch Student in Heidelberg, in der Zeitschrift "Deutsche Republik": "Das 'liberale' Heidelberg eröffnet so die Ära des Dritten Reichs in der akademischen Sphäre!"<sup>31</sup> Dass Gumbel bereits 1932 die Lehrberechtigung entzogen bekam, zeigt, dass die Selbstgleichschaltung der Universitäten und Landesregierungen bereits vor der so genannten Machtergreifung begonnen hat.<sup>32</sup>

Einen Tag nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde Gumbels Einspruch gegen seine Entlassung von der badischen Regierung zurückgewiesen. Am 7. März 1933 erließ der Berliner Polizeipräsident einen Haftbefehl gegen ihn. In den folgenden Wochen wurden seine sämtlichen Schriften verboten, sein Haus geplündert, seine Bibliothek zum Teil verbrannt, sein Vermögen beschlagnahmt. Er selbst verlor die deutsche Staats-

---

28 Berliner Volkszeitung 24.6., VG 27.6.32.

29 UAH III 5b 334, S. 77.

30 Fakultätsbeschluss: Ebd., Bl. 45; Senatsbeschluss: UAH B-1266/3 vom 4.7.32; Entziehung der Venia: UAH B-3075/17. Vgl. zum veränderten Zeitgeist auch den Kommentar des ehemals liberalen HT vom 23.8.32.

31 Frankfurt/M, 2.7.32. Als Kommentar zum Fall Gumbel lässt sich auch Joachim Joestens Artikel zum "Fall Dehn" in der Weltbühne vom 21.6.32 lesen: "'Ich bin Pazifist.' Sagen Sie das einmal, laut, in Gesellschaft oder in öffentlicher Versammlung. Sie werden dann: bei den Nazis verprügelt und hinausgeworfen, bei den Kommunisten ausgelacht, bei der bürgerlichen Rechten geschnitten, beim Zentrum streng gemustert, bei der bürgerlichen Linken gemieden, bei der SPD rückt alles hörbar von Ihnen ab. Wenn Sie Glück haben, werden Sie nicht sofort verhaftet. Das ist Deutschland, Anno 1932... Dasselbe Deutschland, dessen Kirchen beten: 'Der Friede sei mit Dir', und dessen Verfassung bestimmt, dass in allen Schulen im Geiste der Völkerversöhnung zu wirken sei. Immerhin, es kann vorkommen, dass [...] ein Mann, der [...] sein pazifistisches Credo bekennt, bis zu den Stätten akademischer Lehre vordringt, um dort im Sinne der Reichsverfassung zu wirken. Dann aber geschieht etwas ganz Großes. Was keinem Luther und keinem Bismarck gelang, das erreicht er, der Arme. Er stellt eine vollkommene deutsche Einigkeit her: gegen sich." Vgl. C. Laaser (Hg.): "Pazifismus 1918-1933" (Reader zu einer Veranstaltungsreihe vom 19.-21.11.87 an der Universität Bamberg), S. 3. Zu den diesmal weniger erfolgreichen Bemühungen, Solidaritätserklärungen republikanischer Hochschullehrer zu Stande zu bringen: K. Großmann: "Akademiker zum Fall Gumbel", in: Weltbühne, Bd. 28.2 (1932), S. 388ff, sowie BA NL Schücking/99. Von den Unterzeichnern verloren mindestens Anna Siemsen und Robert Wilbrandt wegen ihres Eintretens für Gumbel ihre Stellen (V. Klemperer: "LTI". Köln 1987, S. 40). Vgl. auch Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (ASD), Bestand IJB/ISK, Box 23 Gumbel an Eichler vom 1.7.32.

Von Gumbel zusammengestellte Reaktionen der Presse auf seine Entlassung: GLA 235/1895.

32 GC, Film 2, Abschnitt A-5: Eitelkeitsbuch 1931-1933, S. 179-266.

bürgerschaft.<sup>33</sup> Dass ihm die Universität Heidelberg bereits 1932 die Lehrberechtigung entzogen hatte, erwies sich im Nachhinein als Segen, denn "ihm, einem der Allerverhasstesten, [wäre] ein früher Märtyrertod sicher gewesen, derart, wie ihn sein Gesinnungsgenosse Erich Mühsam erlitt".<sup>34</sup>

Noch vor seiner Entlassung fuhr Gumbel zu einer internationalen Tagung in die USA, anschließend in die Ferien und noch mit Unterstützung der "Notgemeinschaft Deutsche Wissenschaft" zu Gastvorlesungen an die Sorbonne.<sup>35</sup> Seinem Freund, dem ehemaligen Reichsjustizminister und Heidelberger Juraprofessor Gustav Radbruch, schrieb er, dass er seit der Entlassung das Nachlassen eines dauernden Drucks und Erleichterung verspüre.<sup>36</sup> Die letzte Zeit in Heidelberg hatte er sich nur noch mit einer Leibgarde sozialistischer Studenten auf die Straße gewagt. Mehrfach waren ihm die Fensterscheiben eingeworfen worden.<sup>37</sup>

Mehrere nationalsozialistische Studenten, die in den diversen "Fällen Gumbel" wichtige Rollen als Drahtzieher gespielt hatten, machten im Dritten Reich steile Karrieren: Die Heidelberger NS-Studentenführer Gustav Adolf Scheel und Franz Six etwa brachten es bis zum Reichsstudentenführer bzw. zu einer führenden Stellung in SS und SD; Lothar Schiedlansky ging 1934 durch die Presse als "Deutschlands jüngster Oberregierungsrat", der er als Dreißigjähriger geworden war.<sup>38</sup> Andreas Feickert wurde zunächst NS-Studentenbunds-Führer in Hamburg, bevor er zum Führer der Dachorganisation sämtlicher Studentenschaften wurde.

Nicht nur Hitlers Wähler haben Hitler unterschätzt, was viele ja immer wieder zur Entschuldigung angeführt haben. Auch Warner und Enthüller wie Gumbel haben die in der Weimarer Republik vorhandene psychische Dynamik, die der Nationalsozialismus auf seine Mühlen zu leiten verstand, falsch eingeschätzt. Wie unerklärlich auch für den Marxisten Gumbel der Massenzulauf zur NSDAP gewesen ist, wird aus seiner heillos optimistischen Bewertung der Studentenschaft aus dem Sommer 1930 deutlich, indem er die Auffassung vertrat, durch eine Erhöhung der staatlichen Stipendien und Gebührensenkungen ließen sich die Studenten aus dem Bann der Nationalsozialisten und Korporationen lösen.<sup>39</sup> Dieser auf tönernen Füßen stehende und die Ergebnisse sämtlicher Studentenschaftswahlen souverän ignorierende Versuch, dem politischen Klima an den Universitäten noch irgendetwas Positives abzugewinnen, mag teilweise daraus zu erklären sein, dass diese Analyse in einem SPD-Organ erschien. Die sozialdemokratische Presse flüchtete sich häufig in derartiges Wunschdenken, das vielleicht als eine mutmachende Autosuggestion angesichts deprimierender politischen Aussichten zu verstehen ist. Nach dem NSDAP-Sieg vom September 1930 und den Krawallen des Winters 1930/31 hat Gumbel diese naive Einschätzung revidiert. Ein Indiz dafür ist sein Übertritt in die SAP im Jahr 1931. Wie unfassbar und verwirrend die Lage Anfang der Dreißiger Jahre auch für erfahrene Köpfe der politischen Linken war, verdeutlicht eine andere Äußerung Gumbels – diesmal aus dem Jahr 1932. Denn obwohl Gumbel im allgemeinen störrisch an seinen Idealen festhielt und eher die politische Organisation wechselte als eine Überzeugung, zeigt sich hier eine ungewöhnliche ideologische Offenheit. Gumbel löste sich von den marxistischen Erklärungsmustern, deren er sich bisher bedient hatte: "Der demokratisch-parlamentarische Weg zum Sozialismus hat in eine Sackgasse geführt. Die Arbeiterschaft ist gespalten, ihre Mehrheit konservativ. Die Bourgeoisie scheint sich unter der roten Fahne des Hakenkreuzes zu einigen, ihr entschlossener Flügel ist revolutionär. Unser Leben ist erfüllt mit Ungewissheit für die nächste Zukunft".<sup>40</sup>

Wie ist nun die fehlende Bereitschaft der Hochschullehrer und darüber hinaus der großen Mehrheit des Bildungsbürgertums zu erklären, sich mit der Weimarer Republik zu identifizieren und sich für den Erhalt der liberalen Verfassung und ihre Freiheitsrechte einzusetzen, die am Beispiel der Behandlung Gumbels deutlich wurde?

Mit einem Irrtum, den die Weimarer Hochschullehrer selbst in die Welt gesetzt haben, ist dabei gleich zu Beginn aufzuräumen: nämlich dass die Republik die Hochschullehrer mate-

---

33 UAH B-3075/18, S. 321ff; BA R 58/839, Bl. 121; Wiedergutmachungsbescheid PA-N 12807 vom 3.5.56; Reichsanzeiger. Berlin, 23.8.33; s.o. Anm. 1; HT 26.2.34.

34 G. Mann: "Erinnerungen und Gedanken". Frankfurt 1986, S. 404; H. Pauli: "Der Riss der Zeit geht durch mein Herz". Frankfurt 1990, S. 212; H.-A. Walter: "Deutsche Exilliteratur 1933-1950", Bd. 1, S. 260. Gumbel selbst meinte: "Die Herren, die mich abgesetzt haben, haben mir das Leben gerettet" ([576], S. 9).

35 PT 20.12.33.

36 G. Radbruch: "Briefe". Göttingen 1968, S. 104.

37 Interview Moos.

38 Vgl. Stockhorst: "5.000 Köpfe". Velbert 1967; Berliner Börsenzeitung 22.6.34. Er habe "an der Entfernung des Landesverrätters Gumbel aus Tübingen hervorragenden Anteil gehabt" hatte.

39 Was muss geschehen..., Jansen, Gumbel, 149ff.

40 Moskau 1932, ebd.

riell benachteiligt habe. Diese, u.a. von Heidelberger Gelehrten in die Welt gesetzte Behauptung erweist sich als sehr langlebig und wird bis in die neuere Forschungsliteratur hinein reproduziert. Eine genaue Sicht auf die materielle Lage der Professoren ergibt jedoch: Von einer systematischen Benachteiligung der 'Klasse der Gebildeten' in der Weimarer Republik, von der etwa Alfred Weber sprach, kann nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil partizipierten die Hochschullehrer überproportional am wirtschaftlichen Aufschwung während der guten Jahre der Republik. Allerdings hatten zumindest die Ordinarien auch überproportional unter der kriegsbedingten Inflation gelitten. Die Einkommensschere zwischen Ordinarien- und Arbeitereinkommen klappte jedoch sowohl in den guten Jahren der Republik als auch in der Weltwirtschaftskrise weiter auseinander als vor dem Krieg. Hatte ein Ordinarius 1914 dreibis viermal soviel wie ein Arbeiter verdient, so war es 1928 bis 1933 das Vier- bis Sechsfache.

Weder das allgemeine Ressentiment der Hochschullehrer gegen die parlamentarische Demokratie noch ihre Hinwendung zu autoritären Lösungen für die Krise der Republik zwischen 1930 und 1933 ist mit ihrer objektiven ökonomischen Lage zu erklären. Legt man die Maßstäbe eines Heidelberger Hochschullehrers an, der 1932 meinte, ein Jahreseinkommen zwischen 3.000 und 6.000 RM garantiere bescheidenen Wohlstand und ein darüber liegendes materielle Sicherheit (Hellpach, S. 277f.), so hatten die Ordinarien mit Bruttoeinkünften, die bei Vertretern kleinerer geisteswissenschaftlicher oder medizinischer Fächer Anfang der dreißiger Jahre mindestens 10.000 RM betragen und bei wohlbestallten Medizinem weit über 50.000 RM lagen, keinen Grund zu materieller Sorge und gehörten teilweise gar zu den Spitzenverdienern. Die meisten Nichtordinarien verfügten mit Jahreseinkommen von 4.000-6.000 RM nach den genannten zeitgenössischen Kriterien immerhin über bescheidenen Wohlstand. Dabei lag das badische Gehaltsniveau immer unter dem preußischen. Der Anteil derjenigen Hochschullehrer, die trotz der allgemein guten Versorgung und der Verbesserung der Lage der Nichtordinarien durch die Einführung der Privatdozentenstipendien von sehr wenig Geld und in prekären Arbeitsverhältnissen lebten, war nicht höher als vor dem Krieg.

Die Auswirkungen der permanenten politischen und ökonomischen Krise seit dem Ersten Weltkrieg lagen eher auf der sozialpsychologischen denn auf der sozialökonomischen Ebene. Hatten die Hochschullehrer die Kulmination der Krise des Kaiserreichs im Weltkrieg ganz überwiegend begeistert begrüßt oder mindestens voller Hoffnungen auf den Anbruch einer neuen Zeit ertragen, so empfanden sie die Niederlage und den politisch-ökonomischen Zusammenbruch seit 1918 als historischen Tiefpunkt, aus dem es nur noch aufwärts gehen konnte. Diese Stimmungslage führte – hierin folge ich Konrad Jarausch – zu Beginn der Zwanzigerjahre zu einer überraschend kreativen und pragmatischen politischen Neuformierung im deutschen Bildungsbürgertum und zur vielfachen Bereitschaft, eine nüchterne "Arbeitsbeziehung zur Republik" aufzunehmen (Jarausch, S. 190ff.). Von emotionaler Bindung an die neue Staatsform kann allerdings nicht die Rede sein.

Vielmehr ist die erkennbare Bereitschaft im Bildungsbürgertum, in den Anfangsjahren der Republik die neuen politischen Gegebenheiten zu akzeptieren, darauf zurückzuführen, dass sie die Gefahr einer sozialistischen Revolution überschätzten. Als sich solche Ängste als unbegründet erwiesen, fielen viele in politische Wahrnehmungsmuster aus der Vorkriegszeit zurück. Neben diesem allgemeinen Verlust politischer Offenheit seit der Stabilisierung der Republik war für die Entfremdung der Hochschullehrer von dem neuen politischen System entscheidend, dass in der Weimarer Republik der säkulare Prozess der Normalisierung der gesellschaftlichen Stellung des deutschen Professors beschleunigt weiter ging. Ich meine die Entwicklung vom "einsamen" und "freien", idealerweise charismatischen Gelehrten zum normalen Staatsbeamten mit gewissen Sonderrechten. Anders ausgedrückt: Die Hochschullehrer lasteten der Republik die seit 1918 beschleunigte Einbeziehung der Universitäten in

den allgemeinen Professionalisierungsprozess an. Symptome dieser von den Betroffenen mit Misstrauen und wachsender Verbitterung verfolgten Entwicklung vom Gelehrten zum Beamten waren:

- die zunehmende Rationalisierung des Zugangs zum Hochschullehrerberuf durch die obligatorische Habilitation,
- das Entstehen und die Ausbreitung neuer Hochschultypen (Technische, Handels- u.a. Fachhochschulen),
- die Einordnung der Professoren in die allgemeinen Besoldungsgruppen für Beamte,
- die Nivellierung der Rangunterschiede innerhalb der Universität hinsichtlich des Einkommens wie der Selbstverwaltungsrechte,
- dienstrechtliche Veränderungen wie die Einführung der regelmäßigen Emeritierung mit dem Erreichen einer bestimmten Altersgrenze,
- der Erlass staatlicher Disziplinarordnungen für Hochschullehrer und weitere Eingriffe in die Hochschulautonomie
- sowie schließlich der Verlust ihrer gesellschaftlichen Führungsrolle an politische, soziale und industrielle Funktionäre und Fachleute.

Die Entwicklung vom Gelehrten zu Beamten führte zu einer Erschütterung des Selbstwertgefühls, der sozialen Rolle und des Sozialprestiges der Hochschullehrer. Diese Veränderungen äußerten sich vielfältig: in übersteigertem Nationalismus, in zunehmender Anfälligkeit gegenüber völkischem Denken, in der jäh steigenden Fluktuation in den Lehrkörpern und in übersensiblen, oft hysterischen Reaktionen auf die staatliche Hochschulpolitik. Es mangelte den meisten Hochschullehrern der Weimarer Republik in erschreckendem Maße an Nüchternheit, Pragmatismus, Humor und Selbstironie. Sie hatten ihre Gelassenheit verloren, reagierten häufig panisch, sahen nur noch sozialen Abstieg und "Vermassung", fühlten sich feindlich behandelt und benachteiligt durch ein politisches System, das ihre ökonomischen Interessen und ihre Freiheiten unter den gegebenen Umständen optimal gewahrt hatte. Das politische Verhalten der Hochschullehrer während der Weltwirtschaftskrise und während der Machtübernahme der Nationalsozialisten gründete nicht in ökonomischen Interessen, sondern war vielmehr Ausdruck tiefer Verunsicherung und Enttäuschung.

Trotz der skizzierten Veränderungen ihres sozialen Status fühlten sich die Gelehrten weiterhin als "allgemeiner Stand", der aufgrund seiner wissenschaftlichen Qualifikation zur Erkenntnis politischer Wahrheiten privilegiert sei und deshalb als "öffentliches Gewissen des Volkes" die Verbindlichkeit der von ihm propagierten Wertorientierungen beanspruchen konnte. Dieses elitäre Selbstverständnis beruhte nicht nur auf dem Gefühl geistiger Überlegenheit über die "Masse der Gebildeten" und erst recht über die "Massen des Volkes", sondern auch auf dem Gefühl, in politisch-moralischer Hinsicht ein Vorbild zu sein. (Vgl. Döring, S. 155)

Über alle Gegensätze in Einzelfrage hinweg gab es im politischen Denken der meisten Hochschullehrer eine Reihe grundlegender Gemeinsamkeiten, die es erlauben, von einem schichtspezifischen politischen Diskurs zu sprechen und die den Hintergrund bilden für ihr Verhalten angesichts des Nationalsozialismus.

Dieser professorale politische Diskurs basierte auf zwei ideologischen Grundkomponenten. Erstens wurde in einer seit dem 19. Jahrhundert andauernden Gegenbewegung zur Kantischen Philosophie der Unterschied zwischen ethisch-moralischen Werten und 'dem Leben selbst' zusehends verwischt. Neben der vitalistischen Sprache und biologistischen Begrifflichkeit, die einer pragmatischen Gesellschaftsanalyse im Weg standen, ist hier vor allem die zunehmende Relativierung und Infragestellung absoluter ethischer und moralischer Werte zu nennen. Die Negation transzendenter theoretischer und insbesondere ethisch-moralischer Werte gehört zu den Charakteristika faschistischen Denkens (Nolte, S. 544). Die Destruktion

der Kantischen Transzendentalphilosophie und ihrer "unverrückbaren Ideale der Kultur" (Rickert 1920, S. 324), ohne an ihre Stelle eine andere Form der Konstruktion und Durchsetzung ethisch-moralischer Werte zu setzen, schuf eine gefährliche Indifferenz. Zu den absoluten Werten, an die die meisten Heidelberger Hochschullehrer nicht mehr glaubten, gehörte infolge der erkenntnistheoretischen Verunsicherung seit der Jahrhundertwende, die Fritz K. Ringer (S. 273-384) als "Krise der Wissenschaften" bezeichnet hat, auch die Wissenschaftlichkeit selbst. Der sozialistische Heidelberger Nationalökonom Emil Lederer griff im Exil die aus dem Werturteilsfreiheitspostulat Max Webers folgende "scharfe Unterscheidung zwischen der Ermittlung von Tatsachen und dem Ziehen von Schlussfolgerungen" an. Seiner Ansicht nach gingen "die Wissenschaftler sogar so weit, die Verteidigung ihres eigenen Wertes abzulehnen, und [bewahrten] nobel und uninteressiert ihre 'Objektivität' selbst dann, als Feuerbrände an ihre Elfenbeintürme gelegt werden sollten" (Lederer, S. 54f.). Diese Analyse Lederers wird bestätigt durch das Verhalten des Philosophen Karl Jaspers, der 1931 angesichts des Zusammenbruchs der parlamentarischen Demokratie auf die Frage von Studierenden, warum er nicht öffentlich Stellung beziehe, erklärte: "Wenn das Haus brennt, werde ich nicht löschen, sondern die Feuerwehr rufen. Löschen braucht Handwerkszeug und will gelernt sein. Ich habe Medizin und Philosophie gelernt, aber Feuerwehrmann bin ich nicht." (Mann, S. 309; Piper/Saner, S. 50f.) Hierin äußert sich exemplarisch das Selbstverständnis der Bildungselite, in politischer Hinsicht nur Spezialisten für das Allgemeine zu sein, sich aber nicht in das Tagesgeschäft zu mischen, wie es auch in Jaspers' einflussreichem Buch "Zur geistigen Situation der Zeit" (1931) zum Ausdruck kommt. Dieses letztlich unpolitische Politikverständnis zählt Lederer zu Recht zu den Aufstiegsbedingungen nicht nur des Nationalsozialismus, sondern des europäischen Faschismus überhaupt. Je stärker die Universität durch die nationalistische, antiliberalen und antisemitische Studentenbewegung politisiert wurde, desto mehr zogen sich die Professoren in Allgemeinheiten zurück. Entsprechend sahen die Hochschullehrer in der Weimarer Republik die Verteidigung der Wissenschafts- und Lehrfreiheit, also der Voraussetzungen ihrer Existenz als Wissenschaftler als ihre ureigene Aufgabe an, wie etwa ihr Verhalten im Fall Gumbel belegt. Auch das zuvor häufige parteipolitische Engagement der Gelehrten ging seit Mitte der Zwanziger Jahre deutlich zurück, und das seit dem Kaiserreich zur politischen Interessenartikulation benutzte Instrument der Gelehrtenresolution verlor seine Bedeutung.

Wegen ihres Selbstverständnisses als allgemeiner Stand verzichteten die Hochschullehrer jedoch keineswegs auf politisch-publizistische Interventionen. 1933 war die Zahl der politischen Veröffentlichungen Heidelberger Hochschullehrer ebenso hoch wie auf dem Höhepunkt ihrer Kriegseuphorie 1914/15, und sie scheinen auch ihre Lehrveranstaltungen als Tribüne für allgemeinpolitische Stellungnahmen genutzt zu haben. Dabei verstärkte sich um 1930 die zweite Grundkomponente im politischen Denken der Heidelberger Hochschullehrer, nämlich das Festhalten an harmonistischen, einer modernen Gesellschaft nicht adäquaten Sozialmodellen mit Hilfe der Übertragung biologischer Begriffe auf Politik und Gesellschaft. Solche Metaphorik trägt immer antiindividualistische, Interessenkonflikte verdrängende, 'Fremde' ausgrenzende und sie zu Sündenböcken stempelnde Züge. Mit organologischen Analogien sollte außerdem die Naturgegebenheit von Ungleichheit und zugleich die Notwendigkeit innerer Einheit bewiesen werden. In der zunehmend komplexer werdenden modernen Gesellschaft war der harmonistische Einheitswunsch, den fast alle Heidelberger Gelehrten artikulierten, nurnoch auf diese ideologische Weise durchzuhalten.

Ihr Harmonismus und ihre Sucht nach innerer Einheit des deutschen Volkes ließen die Professoren gegen jegliche konfrontative Konfliktaustragung kämpfen. Dies steigerte sich zur prinzipiellen Ablehnung moderner Vergesellschaftungsformen, die Konflikte institutionalisieren, aber nicht mehr davon ausgehen, dass sie aufgehoben werden können. Ein liberaler, sich

auf Konfliktregelungsmechanismen beschränkender Staat, wie ihn die Weimarer Reichsverfassung geschaffen hatte, konnte deshalb im Heidelberger Lehrkörper kaum auf positive Resonanz stoßen.

Zwischen innergesellschaftlicher Ausgrenzung, die Einheit und Einheitlichkeit schaffen soll, und imperialistischer Aggression nach außen besteht ein enger Zusammenhang. Hinter der oft heroisierenden, mit darwinistischer Terminologie arbeitenden, Kampf oder Krieg erklärenden Sprache verbarg sich eine tiefe Sehnsucht nach Harmonie und Ruhe. Die Kombination aus ausgrenzendem Harmonismus und realitätsverdrängendem Wunschdenken legt in modernen Gesellschaften die Option für autoritäre und Minderheiten gegenüber terroristische Herrschaftsmethoden nahe. Da politische und Interessenkonflikte letztlich weder vermeidbar noch harmonisierbar sind, können scheinbare Harmonie, "Volksgemeinschaft" und Konfliktlosigkeit nur repressiv hergestellt werden. Zudem führte das Gefühl, eine Epochenwende zu erleben, zu chiliastischen Hoffnungen auf eine aus den Kämpfen der Gegenwart erstehende harmonische soziale Ordnung und auf die Errettung durch eine messianische Persönlichkeit, die viele Gelehrte seit 1933 in Hitler zu erkennen meinten.

In ihrem realitätsflüchtigen, desorientierten und unanalytischen politischen Denken neigten die Gelehrten zu dualistischen Weltbildern und zu Verschwörungstheorien, weil rationale Analysen sie zu unangenehmen Einsichten gezwungen hätten. Hierin besteht eine wesentliche Affinität zu völkisch-konservativen Ideologien und auch zum Nationalsozialismus.

Sowohl im Heidelberger Lehrkörper wie in der Weimarer Republik überhaupt fehlte die Basis für einen liberal-demokratischen und pragmatischen Grundkonsens, der die Pluralität und Widersprüchlichkeit einer modernen Gesellschaft und die Bedeutung von Parteien und Interessenorganisationen zur Konfliktaustragung anerkannt hätte und bereit gewesen wäre zu friedlichen Lösungen der internationalen Gegensätze.

Die Gelehrten glaubten, ihre sozialharmonischen wie ihre kulturimperialistischen Vorstellungen von der Vorherrschaft des deutschen Geistes in Europa nur in enger Zusammenarbeit mit den Mächtigen durchsetzen zu können. Besonders in politischen Konflikten suchten fast alle die Nähe zu einem starken Staat und stellten sich häufig ungefragt und in vorausweisendem Gehorsam in dessen Dienste. Ein *intellektuelles* Selbstverständnis als professionelle Kritiker besaßen hingegen nur sehr wenige.

Die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie westlichen Zuschnitts und der Hang der Gelehrten zum Populismus ließen schließlich vielen die Nationalsozialisten als kleineres Übel und als einzig gangbarer Weg für Deutschland erscheinen. Zugleich verstanden es die Nationalsozialisten durch eine geschickte Begriffspolitik, sich als spezifisch deutsche Alternative sowohl zum Liberalismus und als auch zum Bolschewismus zu präsentieren. Als besonders wirkungsvoll erwies sich dabei die Bündelung von Sozialismus und Nationalismus als antipluralistische und antiliberaler Zielvorstellung. Die Primitivität und die terroristischen Mittel, die die Nationalsozialisten einsetzten und die durchaus in den politischen Publikationen der Hochschullehrer thematisiert wurden, wurden als notwendiges Übel in einer Übergangsphase des Kampfes um einen harmonischen Endzustand verharmlost. (Vgl. Rickert 1933, S. 5)

Die von einer Mehrheit der Heidelberger Hochschullehrer in der Krise der Republik vorgeschlagenen politischen Wege waren als Alternative zum Nationalsozialismus gemeint. Der Einfluss der Gelehrten reichte jedoch nicht aus, und sie waren mehrheitlich zu konformistisch, um eine solche auch durchzusetzen. Ihre Publizistik und ihr politisches Handeln schlugen vielmehr Breschen, die der nationalsozialistischen Ideologie den Einbruch in das bildungsbürgerliche Bewusstsein erleichterten. Was als Alternative zum Nationalsozialismus gedacht war, half so mit, ihm den Weg zu bereiten.

Autor und Copyright:

PD Dr. Christian Jansen  
Fakultät für Geschichtswissenschaften  
Ruhr-Universität Bochum  
D-44780 Bochum  
christian.jansen-2@uni-bochum.de

#### Literaturverweise:

- Herbert Döring: Thesen zum fortschreitenden Zerfall der sozialhistorischen Voraussetzungen von 'Gelehrtenpolitik' am Beispiel des sozialliberalen Flügels deutscher Hochschullehrer, in: G. Schmidt et al. (Hg.), Gelehrtenpolitik und politische Kultur in Deutschland 1830-1930, Bochum 1986, S. 147-166.
- Willy Hellpach: Gründe und Grenzen, Bewährung und Entartung der öffentlichen Fürsorge am kranken Menschen. Vortrag auf dem 48. deutschen Ärztetag in Essen 1929, in: Ärztliches Vereinsblatt für Deutschland, Nr. 25/1929; wiederveröff. in: Ders.: Universitas litterarum. Gesammelte Aufsätze, Stuttgart 1948, S. 260-281.
- Christian Jansen: Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1935. Göttingen 1992.
- Christian Jansen: Vom Gelehrten zum Beamten. Karriereverläufe und soziale Lage der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1933. Mit einem personalbibliografischen Anhang und den Wohnsitzen der 1886-1936 in Heidelberg Lehrenden. Heidelberg 1992.
- Christian Jansen: "Deutsches Wesen" – "Deutsche Seele" – "Deutscher Geist". Nationale Identifikationsmuster im Gelehrtenmilieu, in: R. Blomert et al. (Hg.): Transformationen des Wir-Gefühls. Studien zum nationalen Habitus. Frankfurt/M. 1993, S. 199-278.
- Christian Jansen: Die Hochschule zwischen angefeindeter Demokratie und nationalsozialistischer Politisierung. Neuere Publikationen zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte in Deutschland zwischen 1918 und 1945, in: Neue Politische Literatur 38 (1993), S. 179-220.
- Konrad H. Jarausch: Deutsche Studenten 1800-1970. Frankfurt/M. 1984.
- Karl Jaspers: Die geistige Situation der Zeit. Berlin 1931/1932.
- Emil Lederer: State of the Masses. New York 1940.
- Golo Mann: Erinnerungen und Gedanken. Eine Jugend in Deutschland. Frankfurt/M. 1986.
- Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. München 1984.
- Piper, K./Saner H.: Erinnerungen an Karl Jaspers, München 1974.
- Heinrich Rickert: Die Philosophie des Lebens. Tübingen 1920.
- Heinrich Rickert: Fichte-Vorlesung Wintersemester 1933/34 (Nachlass Rickert, Universitätsbibliothek Heidelberg: Heid. Hs. 2470/44).
- Fritz K. Ringer: Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933. Stuttgart 1983.